



Bild: Syna

Keine Person soll in Basel-Stadt mehr als 10 % des verfügbaren Einkommens für Krankenkassenprämien aufwenden!

Am 24. Juni 2024 lehnte die Schweizerische Stimmbevölkerung die Prämiententlastungs-Initiative ab, welche forderte, dass kein Haushalt mehr als 10 % des Einkommens für die Krankenkassenprämien zahlt. Basel-Stadt hingegen stimmte mit über 54 % zu. Dies nahm die SP-Grossrätin Melanie Eberhard zum Anlass, dieselbe Forderung für Basel-Stadt zu stellen.

Dass die Krankenkassenprämien zu einer grossen Belastung nicht nur für den Mittelstand geworden sind, ist wohl bekannt, ebenfalls die Kostensteigerung im Gesundheitswesen. Dass aber die KK-Prämien von 1996 – 2024 um über 150 % gestiegen sind und die Löhne nur um 12 % (Quelle: Initiativkomitee) ist vielleicht nicht allen bewusst. Ebenso wenig, dass heute laut Motion die Basler Haushalte etwa 17 % des verfügbaren Einkommens für die KK-Prämien aufwenden, und dass 30'000 Personen in 16'000 Haushalten heute in Basel-Stadt Prämienverbilligungen beziehen (Stellungnahme der Regierung). Der Kanton Waadt kennt seit 2016 einen Prämiendeckel von 10 %. In anderen Kantonen liegen ähnliche Vorstösse vor. Die KK-Prämien sind bis weit in den Mittelstand eine grosse finanzielle Belastung.

Die bürgerlichen Parteien und der für Sozialleistungen zuständige SP-Regierungsrat Kaspar Sutter wandten sich gegen die Motion mit der Begründung, dass in den Genuss der Verbilligungen auch Haushalte kämen, die es nicht nötig hätten und dass die Massnahme zu teuer sei. Nach Umsetzung wird mit Mehrkosten von 7 – 170 Mio Fr. gerechnet. (Die Kosten sind offenbar nicht einfach zu berechnen, weil unklar. Zudem ist nicht klar, ob von der tiefsten Prämie im Kanton ausgegangen wurde.) Die Kosten werden mit weiter steigenden Prämien zunehmen. Dies führt zu einer Zunahme der Berechtigten solange die Prämien stärker als die Löhne steigen. Dasselbe passiert schon seit Jahren bei den Prämienverbilligungen. Dass die Zahl der Berechtigten zunimmt, ist jedoch ein schlechtes Argument gegen Verbilligungsmassnahmen. Vielmehr zeigt es die Absurdität unseres Kopfprämien-Systems.

Der Grosse Rat hat am 11. 6. 25 mit 46 zu 44 Stimmen der Motion zum Prämiendeckel zugestimmt. Für viele, insbesondere auch für Mittelstandshaushalte, eine gute Nachricht.

Daniel Gelzer

Grosserfolg Basler Wohnschutz – doch der Kampf geht weiter

von Beat Leuthardt, Senior Consultant MV Basel 1891



Beat Leuthardt
Bild: D. Labhardt, Basel

Endlich haben wir ihn (in Basel) – und wir geben ihn nicht mehr her: den «Wohnschutz». Er ist grossartig. Ein Erfolgsmodell! Knapp 2'000 städtische Haushalte sind seit Mai 2022 vor viel zu hohen Miet-Aufschlägen wirksam geschützt.

Nur noch «plus 68» statt «plus 400» oder gar «plus 912» betragen im Schnitt die in Basel geschützten Mietwohnungen. Den Grossinvestoren passt das Wohnschutzgesetz ganz und gar nicht. Sie wollen ihre fetten Zusatz-Renditen zurück. Obwohl seit 2018 nicht weniger als siebenmal auf den Basler Miet-Wohnschutz-Stimmzetteln mehrheitlich «JA» geschrieben stand, wollen sie den Wohnschutz wieder aushebeln. Mit Hilfe ihrer politischen Freunde in- und ausserhalb der Basler Regierung.

Gegenwehr mit unseren Initiativen.

Doch wir vom Basler Mieterinnen- und Mieterverband bleiben wachsam. Wir wehren uns wohl im kommenden Winter mit vielen weiteren betroffenen Kreisen wie auch der AVIVO mit neuen kantonalen «Wohnpreisinitiativen».

Die eine («KorrekturinitiativeBS») stopft die heute vom Grosskapital genutzten Schlupflöcher. Die andere («FondsinitiativeBS») garantiert, dass dringend notwendige sanft-ökologische Sanierungen nicht einseitig auf die Mieten von langjährigen und älteren Mietparteien draufgeschlagen werden.

Doch es braucht noch ein Mehr: die nationale «Mietpreisinitiative»! Sie braucht es dort, wo die Grossinvestoren gar nicht mehr investieren wollen, wie der Baloise-CEO und andere bereits vollmundig verkündet haben.

Kontrolle mit und ohne Sanierungen.

Denn nicht nur mit Rendite-Sanierungen wird übel abkassiert. Sondern auch mit überbissenen Anfangsmieten nach Mieterwechseln. Und mit nicht weitergegebenen Referenzzinssenkungen. Die Behörden tun hier weder in Basel noch in Liestal von sich aus etwas, um den unfairen Vermieterschaften das Handwerk zu legen.

Das muss ändern. Mit der «Mietpreisinitiative» des MV Schweiz (bei dem der MV Basel 1891 Mitglied ist) wird eine obligatorische behördliche Kontrolle verlangt, ohne dass die Mietparteien ihren zermürenden Kampf gegen einen übermächtigen Investor allein führen müssen.

Ein gut gemeinter Rat.

Ich empfehle, die nationale Mietpreisinitiative jetzt zu unterzeichnen – und die baselstädtischen Wohnpreisinitiativen dann im Winter nach deren Lancierung. Dazu jederzeit wachsam bleiben. Und im Zweifel bei unseren Anlaufstellen in Basel und in Liestal juristischen und/oder politischen Rat einholen. Wir sind alle auf derselben Seite!

Hexenjagd gegen Helene Bossert – ein Lehrstück

Im Dichter:innen- und Stadtmuseum Liestal stellte uns Frau Rea Köppel die Sonderausstellung zu Helene Bossert vor. Die in den 40er Jahren wegen ihrer Gedichte («Blüemli am Wääg» Hier auf Seite 4) und Radiosendungen populäre Dichterin beging 1953 als eigentlich apolitischer Mensch die Todsünde sich mit einer linken Frauengruppe in die Sowjetunion einladen zu lassen. Gerade weil sie so beliebt war, musste sie als «Landesverräterin» büssen, wurde beim Radio entlassen, im Dorf ausgegrenzt und von der politischen Polizei bespitzelt. Erst in hohem Alter sollte sie rehabilitiert werden. Und wie steht es heute? Das fragten sich die gegen 20 Teilnehmenden.

PF

Renten verteidigen – AVIVO stärken – Mitglied werden!

Finanzierung der 13. AHV-Rente: Stand der Dinge

Anne-Catherine Lyon, Co-Präsidentin AVIVO Schweiz



Hintergrund

Zur Erinnerung: Im Mai 2021 kam die Volksinitiative «Besser leben im Alter (Initiative für eine 13. AHV-Rente)» zustande. Das Schweizer Volk hat diese Initiative am 3. März 2024 mit 58,3 % der Stimmen und der Unterstützung der Mehrheit der Kantone ange-

nommen. Damit wurde in unserem Land zum ersten Mal eine Initiative zur Weiterentwicklung unseres Sozialmodells angenommen – auch wenn die Änderungen leider nur die AHV-Rente betreffen. Die Leistungen bei Invalidität und die Hinterlassenenrente werden weiterhin zwölfmal pro Jahr ausbezahlt.

Neben der Aufnahme dieser Initiative in die Verfassung, der Änderung des AHV-Gesetzes und der Anpassung der Ausführungsverordnung zur Festlegung der Durchführungsbestimmungen ist die Finanzierung dieser 13. AHV-Rente nach wie vor umstritten. Der Bundesrat erwägt daher eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,7 %, um den AHV-Ausgleichsfonds bis 2030 zu stabilisieren. Er plant ausserdem, den Bundesanteil auf 19,5 % zu senken, um den Bundeshaushalt zu entlasten, und schliesslich die Lohnbeiträge zu erhöhen.

Positionierung und Finanzierungsvorschläge der AVIVO Schweiz

Die AVIVO Schweiz unterstützt zwar voll und ganz die Einführung dieser 13. Rente und begrüsst damit eine Massnahme, die angesichts der ihr zugrunde liegenden Werte Respekt und Solidarität als historisch bezeichnet werden kann, lehnt jedoch die vom Bundesrat vorgeschlagenen Finanzierungsoptionen ab. Dies hat sie im Rahmen der vom Bund im Frühjahr 2024 eröffneten Vernehmlassung zur Umsetzung und Finanzierung dieser Rente klar zum Ausdruck gebracht. Erstens lehnt die AVIVO Schweiz eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ab, da sie diese als unsoziale Steuer betrachtet, die insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen benachteiligt. Um die Finanzierung nicht auf die Rentnerinnen und Rentner oder die Erwerbstätigen abzuwälzen, fordert sie den Bund zudem auf, seinen Beitrag nicht zu kürzen. Die AVIVO Schweiz hat drei Alternativen vorgelegt:

1) Verzicht auf die Senkung der Beitragssätze für Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur Arbeitslosenversicherung

In der Arbeitslosenversicherung gilt eine «Vermögensbremse». Sobald die Arbeitslosenversicherung über zu viel Eigenkapital verfügt, muss sie die Beitragssätze senken. Im

Jahr 2022 hat die Arbeitslosenversicherung 2,3 Milliarden Franken mehr eingenommen als ausgegeben.

Wir schlagen vor, dass der Bund auf die Senkung der Beitragssätze verzichtet und den Ertrag der AHV zuführt.

2) Erhöhung der Börsenumsatzsteuer auf das ursprüngliche Niveau

Die Einnahmen aus den Stempelabgaben beliefen sich 2022 auf rund 2,4 Milliarden Franken. Eine Verdoppelung der Steuersätze würde ausreichen, um die 13. Rente zu finanzieren.

3) Einführung einer Finanztransaktionssteuer

Es handelt sich um eine Art Mehrwertsteuer auf Wertpapiere, die bei jedem Kauf und Verkauf anfällt. In Europa ist eine Finanztransaktionssteuer seit 2012 in Frankreich und seit 2013 in Italien in Kraft. Der Steuersatz variiert zwischen 0,1 und 0,3 %.

Das Volumen des Swiss Interbank Clearing (SIC) wird für 2022 auf rund 50 Milliarden Franken geschätzt. Bei einer Abgabe von 0,1 Promille würden sich die Steuereinnahmen auf rund 5 Milliarden Franken pro Jahr belaufen.

Wir sind uns bewusst, dass die Einführung einer Finanztransaktionssteuer eine Änderung der Bundesverfassung erfordert. Diese Massnahme kann nur langfristig umgesetzt werden.

Perseverantia vincit

Am Ende dieses Artikels möchte ich daran erinnern, dass die AVIVO, deren Geschichte untrennbar mit derjenigen der AHV verbunden ist, ebenfalls 1948 gegründet wurde. Seit über 75 Jahren setzt sich der Verein für die Rechte älterer Menschen ein, kämpft für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und bemüht sich unermüdlich um Gerechtigkeit, Fairness und Solidarität in unserer Gesellschaft. Die AVIVO Schweiz wird sich daher auch weiterhin für ältere Menschen einsetzen, nicht nur für eine gerechte Aufwertung der Renten, sondern auch für umfassende soziale Gerechtigkeit, indem sie politische Initiativen unterstützt, die Rentnerinnen und Rentner in verschiedenen Bereichen schützen – beispielsweise im Wohnungswesen. Mit ihrem Engagement für den Mieterverband im Zusammenhang mit der Volksinitiative «Ja zum Schutz vor missbräuchlichen Mieten (Mietpreis-Initiative)», für die im Juni 2025 die Unterschriftensammlung begann, unterstützt die AVIVO den Kampf für bezahlbaren Wohnraum, insbesondere für ältere Menschen. Dies sollte in einer Gesellschaft, die ihren älteren Menschen verpflichtet ist, durch die Erhaltung ihrer Kaufkraft, insbesondere durch die angemessene Finanzierung der 13. AHV-Rente, gewährleistet sein.



inklusions initiative

Gleichstellung, Selbstbestimmung und Teilhabe für Menschen mit Behinderungen jetzt!

Die Inklusions-Initiative, eingereicht am 5. September 2024 mit 107'910 gültigen Unterschriften, fordert ein selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderungen.

Der Bundesrat hat am 23. Dezember 2024 einen indirekten Gegenvorschlag zur Inklusions-Initiative angekündigt. Am 25. Juni 2025 wurde der Entwurf des Gegenvorschlags vorgestellt. Dieser umfasst bei weitem nicht alle Lebensbereiche, wie es die Initiative fordert.

«Das vorliegende Inklusionsgesetz ist eine verpasste Chance – es greift viel zu kurz. Wenn Bundesrat und Parlament nicht den Mut haben, die Forderungen von 1.9 Millionen Menschen mit Behinderungen nach echter Gleichstellung umzusetzen, zementieren wir Ausgrenzung statt sie zu überwinden.» sagt Nationalrat Islam Alijaj, Mitinitiant der Inklusions-Initiative und Präsident des Vereins für eine inklusive Schweiz.

Die nun beginnende Konsultation ist eine Chance, den Entwurf vor der parlamentarischen Behandlung entscheidend zu verbessern.

Mehr Informationen: www.inklusions-initiative.ch

Renten verbessern – AVIVO stärken – Mitglieder werben!

www.avivo-basel.ch/anmeldeformular

Alt-Präsidentin Denise Ruepp ist verstorben

Der Tod von Denise Ruepp (mit richtigem Namen Frida Johnson Ruepp) am 30. April mit fast 89 Jahren wurde nach Drucklegung des letzten AVIVO-Bulletins bekannt. Denise war während über zwei Jahrzehnten ein aktives Mitglied gewesen und gehörte viele Jahre dem Vorstand an, vorübergehend sogar als Sektions-Präsidentin. Bei ihrem Rücktritt aus dem Vorstand wurde ihr die Ehrenmitgliedschaft verliehen. Die fortschreitende Demenz gab ihrem Leben leider eine traurige Wende. Sie bleibt uns als eine stets gepflegte, freundliche Frau mit Humor in bester Erinnerung.

PF



Blüemli am Wäg

S git Blüemli am Wäg,
Unschynber, chly,
Men achtet se chuun
Und goht dra verby.

Und so gits au Möntsche
Wo me verchennt,
Me läuft dra verby
So chalt und so frönd.

Doch nehmsch echly Zyt
Und bliibsch echly stoh,
Wurdsch stuune und loose
Und alles verstoh.

Helen Bossert

Buchhandlung Waser

Rümelinsplatz 17, 4001 Basel
Tel. 061 261 02 89
buecher-waser@bluewin.ch

Unsere Öffnungszeiten:

Mittwoch bis Freitag:
10.00 - 13.00 14.30 - 18.30

Samstag:
10.00 durchgehend bis 17.00



DISCOUNT PRINT BASEL

Die Druckerei mit persönlicher Beratung. Schnell, zuverlässig und unkompliziert. Für Ihre Drucksachen.

Discount Print Basel
Grenzacherstrasse 34
CH - 4058 Basel

Tel. 061 691 61 33
druck@discountprint.ch

Sozialpolitischer heisser Herbst in Bundesbern



Von Sarah Wyss, SP-Nationalrätin Basel-Stadt
Mitglied der Kommission für soziale Sicherheit und
Gesundheit, Präsidentin der Finanzkommission

Der Herbst 2025 verspricht innenpolitisch besonders heiss zu werden. Gleich drei bedeutende Reformen der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) stehen in Bundesbern zur Diskussion. Alle drei haben das Potenzial, das System der sozialen Sicherung langfristig zu prägen – teils im Sinne des sozialen Ausbaus, teils in Richtung Abbau. Die politischen Fronten verlaufen dabei nicht immer entlang klassischer Lager.

Umsetzung der 13. AHV-Rente: Im Frühjahr 2024 hat die Stimmbevölkerung die Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente angenommen. Damit wurde ein klares Zeichen für mehr soziale Sicherheit und gegen den Kaufkraftverlust vieler Rentnerinnen und Rentner gesetzt. Die Herausforderung liegt nun in der Umsetzung: Wie soll diese zusätzliche Rente finanziert werden? Im Zentrum steht die Frage, ob die Mittel über Lohnprozente, Mehrwertsteuer oder Bundesbeiträge, oder in einer Kombination dieser Elemente, beschafft werden.

Initiative «Ja zu fairen AHV-Renten auch für Ehepaare»: Aktuell werden AHV-Renten für Ehepaare auf maximal 150 % der Maximalrente begrenzt. Die Volksinitiative der Mitte-Partei fordert, diese sogenannte Plafonierung aufzuheben. Damit würden Ehepaare grundsätzlich gleichgestellt mit Konkubinatspaaren. Die Initiative blendet jedoch bestehende Vorteile der Ehe – etwa Rentensplitting, Zuschläge für verwitwete Rentner oder die Witwenrente – vollständig aus. Viel wichtiger jedoch: Nur eine kleine Minderheit mit hohem Einkommen würde von dieser Änderung profitieren. Ehe-

paare mit tiefen Renten sind von der Plafonierung nicht betroffen und würden, wie Ledige, Geschiedene oder Verwitwete ganz leer ausgehen – müssten die Mehrkosten aber mittragen.

Reform der Hinterlassenenrenten: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat die Schweiz verpflichtet, die Ungleichbehandlung von Witwen und Witnern bei den AHV-Hinterlassenenrenten zu beseitigen. Während Witwen oft bis zur Pensionierung Renten erhalten, enden diese bei Witnern heute meist nach zwei Jahren. Der EGMR verlangt eine Angleichung. Statt jedoch Witwerrenten zu verbessern, schlagen Bundesrat und Teile des Parlaments Kürzungen bei den Witwenrenten vor. Damit würde eine menschenrechtlich gebotene Angleichung zur versteckten Abbaumassnahme – mit weitreichenden Folgen für viele Betroffene, vor allem für Frauen mit Betreuungspflichten.

Mit meinem sozialdemokratischen Herzen wären meine Lösungen klar:

- **Die 13. AHV-Rente** soll solide und fair finanziert werden – über Lohnprozente und durch höhere Bundesbeiträge. Eine nationale Erbschaftssteuer könnte diese Bundesbeiträge mitfinanzieren.
- **Die Initiative der Mitte** lehne ich ab. Sie bevorzugt eine kleine Gruppe wohlhabender Ehepaare und führt zu neuen Ungleichheiten. Ein teurer Ausbau, der am Bedarf vorbeigeht, ist sozialpolitisch nicht vertretbar – vor allem, wenn damit Sparpakete drohen, die die sozial Schwächsten treffen.
- **Die Hinterlassenenrenten** sollten gleichgestellt werden – durch eine Aufwertung der Witwerrente, nicht durch Kürzungen bei den Witwen. Ergänzend braucht es zivilstands-unabhängige Absicherung für Menschen mit Betreuungspflichten, unabhängig vom Geschlecht.

Erste parlamentarische Entscheide zeigen, wie umkämpft die Dossiers sind. Während der Ständerat in der Sommer-session 2025 einen Kompromiss zwischen Finanzierung der 13. AHV-Rente und Gegenvorschlag zur Mitte-Initiative vorschlug, getragen von Mitte und Linken, hat der Nationalrat eine andere Richtung eingeschlagen. Dort wurde die Finanzierung der Mitte-Initiative mit Einschnitten bei den Witwenrenten verknüpft – ein SVP-Vorschlag, der sozialpolitisch inakzeptabel ist.

Die Debatten gehen nun weiter in den Kommissionen und Räten. Klar ist: Es braucht politischen Druck, damit die AHV nicht nur reformiert, sondern auch gestärkt wird – solidarisch, gerecht und zukunftstauglich.

**Renten verteidigen –
AVIVO stärken – Mitglied werden!**

www.avivo-basel.ch/anmeldeformular

Delegiertenversammlung AVIVO Schweiz in Genf – Lancy



Delegierte AVIVO Region Basel (von Links): Peter Flubacher, Annemarie Pfister, Gabriela Wawrinka, Rudolf Schenker, Nick Bramley

Rund fünfzig AVIVO Delegierte trafen sich im IMAD (Institution genevoise de maintien à domicile) in Grand-Lancy. Die neuen Co-Präsidentinnen, Béatrice Métraux und Anne-Catherine Lyon, co-leiteten die Vereinsgeschäfte mit Pep, umsichtig und zielsicher – unterstützt von der taffen Übersetzerin.

Beim statutarischen Teil fiel der vom Co-Revisor Nick Bramley präsentierte Revisionsbericht im guten Sinn kritisch auf, indem er den Professionalisierungsbedarf bei der Finanzverwaltung von AVIVO Schweiz fachkundig auf den Punkt brachte.

Aus den AVIVO Regionen wurden drei Resolutionen eingereicht, denen die Delegierten erfreulicherweise deutlich zustimmten: (1) Die Umsetzung der Pflegeinitiative ist zu beschleunigen. Das Parlament wird aufgefordert, die erforderlichen Investitionen gemäss Volksabstimmung zu garantieren. (2) Appell an die Bundesbehörden: Keine ungerechtfertigten Gebühren mehr für «Papier»-Dokumente (PostFi-

nance etc.) zulasten marginalisierter Bevölkerungsgruppen. (3) Klimaschutz ist Pflicht: Ein Skandal, so die Basler Delegierte Annemarie Pfister pointiert in ihrem Votum, wie sich die Schweizer Politik um Klimaschutz foutiert. Im Sinn der KlimaSeniorinnen wird AVIVO Schweiz zwecks zielgerichteter Aktivitäten eine koordinierende Arbeitsgruppe Klima bilden.

Gedanken zur Schlussdebatte: Liegt es am Namen, an Altersthemen oder «entschwundenen» Gleichgesinnten, dass die Mitgliederzahlen bei AVIVO schwächeln? Möglicherweise macht sich die Kehrseite des gesellschaftlichen Individualisierungsprozesses auch hier bemerkbar, analog zum ringsum schwindenden Organisationsgrad bei Parteien, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Und doch: AVIVO Schweiz hatte per 2024 über 19'000 Mitglieder (davon die Hälfte in Genf!) und wies damit ein Plus! von über tausend Neumitgliedern auf (+6%); fünf (von neun) AVIVO Sektionen erzielten Zuwachsraten bis zu 25% (Region Basel!). Gewiss! Noch viel mehr gebündelte Kräfte sind vonnöten, um anstehende und künftige Sozialabbaupläne wirkungsvoll bekämpfen zu können.

Gabriela Wawrinka

AVIVO bei Roche



Zweimal haben AVIVO-Gruppen die Aussicht vom «Bau 2» im Rahmen einer Führung geniessen können. AVIVO ist immer aktiv unterwegs, dank unserer Programmgruppe!

Gesundheit

unser höchstes Gut



Wandern ist gesund und hält uns fit. Jeden Mittwoch bieten wir leichte Wanderungen an. Unser detailliertes Programm finden Sie unter:

<https://naturfreunde-bs.ch/aktivitaeten>

Naturfreunde
Basel Riehen



Alles wissenswerte unter: <https://naturfreunde-bs.ch>

Irène Zurkinden: die Liebe – das Leben

Ein Leben inmitten der Pariser Avantgarde und im Milieu des Surrealismus.



Foto Kurt Wyss

Als ich im Oktober 1970 nach zwei Jahren in Paris nach Basel gekommen bin, war für mich junge Frau hier vieles total «föbü»! Nur die zwei ungewöhnlichen Damen am Spalenberg faszinierten mich – hochhackige Schuhe, freche, elegante Kleider und wilder Blick. Erst später lernte ich die beiden Frauen kennen: Irène Zurkinden und Iris von Roten. Irène Zurkinden ist eine der bekanntesten Basler Künstler-

persönlichkeiten, sie ist in vielen Privathäusern und öffentlichen Kunstsammlungen auch über vierzig Jahre nach ihrem Tod sehr präsent. Im Mittelpunkt der Ausstellung und der Publikation stehen die erstmalige Veröffentlichung und Publikation einiger Skizzenbücher Zurkindens. Sie bieten einen intimen Einblick in ihren kreativen Prozess und offenbaren ihre freizügige und ungefilterte Sicht auf die Gesellschaft, ihren kühnen und intensiven Blick auf die Welt um sie herum. Ihr Blick lag in erster Linie auf den Menschen und Tieren, sie hat auch der Ausstattung und den Schauplätzen grosse Aufmerksamkeit geschenkt: den Strassen und Plätzen und Bühnen, sowie dem Tanz, dem Karneval und dem Zirkus.

Oft porträtierte Zurkinden diejenigen, die ihr am nächsten standen, wie ihren langjährigen Partner Kurt Fenster und später ihre beiden Söhne. Neben diesen persönlichen Werken malte Irène Zurkinden Auftragsporträts, die zu einer wichtigen Einnahmequelle wurden und dazu beitrugen, ihre Familie zu unterstützen.

AP

Die Ausstellung war bis zum 7. September in der Kulturstiftung H.Geiger, Spitalstr. 18, Basel zu besuchen.

Dem Albtraum entronnen

Buchbesprechung von Dagmar Brunner

Vor 80 Jahren, am 6. Juli 1945, kehrt Giovanni aus dem Zweiten Weltkrieg in sein Heimatdorf Cremenaga an der italienisch-schweizerischen Grenze zurück. 16 Monate war er weg – eine Zeit, über die er und seine Frau Concetta nie sprechen werden, die ihre Familie aber prägen wird. Gut 70 Jahre später befasst sich ihr Enkel Fabio Andina mit den Ereignissen und setzt seinen Grosseltern und weiteren Personen ein bewegendes literarisches Denkmal. «Sechzehn Monate» nährt sich aus Fakten, Erinnerungen und der poetischen Vorstellungskraft des Tessiner Autors (geboren 1972).

Am 5. März 1944 wird Giovanni von deutschen Nazis verhaftet, weil er jüdischen Flüchtlingen geholfen hat, sich über den Grenzfluss Tresa in die Schweiz zu retten. Der 35-jährige Schreiner kommt als politischer Häftling zunächst in verschiedene italienische Gefängnisse und wird im Juni 1944 ins österreichische Konzentrationslager Mauthausen deportiert. Er erlebt täglich unsagbare Grausamkeiten und muss Zwangsarbeit leisten. Am 6. Mai 1945 gelingt es ihm, mit einem Gefährten zu fliehen und sich nach Italien durchzuschlagen. Völlig entkräftet und auf einem Ohr taub erreicht er sein Dorf, dessen Bevölkerung von den Faschisten vertrie-

ben und geplündert wurde. Die ganze Gemeinde steht vor einem Neuanfang.

Fabio Andina schildert diese Geschichte so pragmatisch und komprimiert wie respektvoll in drei Teilen und einem Epilog mit Zeittafel. Wir erfahren das Geschehen aus unterschiedlicher Optik, der Grossvater etwa tritt als Ich-Erzähler auf, die Grossmutter kommt unter anderem in Briefen zu Wort. So erhalten wir Einblick in den Alltag und die Solidarität der kleinen Kommune, in Abgründe des Krieges und auch in die standhafte Liebe der beiden Eheleute. Andina hat durch seine Recherchen eine posthume Würdigung seines Grossvaters vom italienischen Staat und der Gemeinde Cremenaga erreicht und für das Buch einen Schweizer Literaturpreis 2025 erhalten.



Fabio Andina, «Sechzehn Monate», Roman. Aus dem Italienischen von Karin Diemerling, Edition Blau, Rotpunktverlag, 2025. 211 S., gb., CHF 30.–

Kulturtipp



Rose Wylie: Party Clothes, Foto: Soon-Hak Kwon

Zentrum Paul Klee

Monument im Fruchtländ 3, 3006 Bern, Di-So 10-17h
19.7-5.10.2025

Rose Wylie – Flick and Float

Diese Ausstellung stellt das unangepasste und faszinierende Werk der britischen Künstlerin (*1934) vor. Expressiv, direkt und mit subversivem Humor zeugen die Bilder von Auseinandersetzung der Künstlerin mit Popkultur, Film, Kunstgeschichte sowie persönlichen Erlebnissen.

Historisches Museum

Barfüsserplatz/Steinenberg, 4001 Basel, Di-So 10-17h
16.10.2025-26.4.2026

Schatzfunde

Keltischer Goldschmuck, einer der grössten römischen Silberschätze Europas, entdeckt in Kaiseraugst, oder die im Rhein versenkte Beute eines Meisterdiebs aus den 60er Jahren – mit dieser Sonderausstellung begibt sich das HMB auf die Spuren der 25 spektakulärsten Schatzfunde der Region.

Kunstmuseum Luzern

Europaplatz 1, 6002 Luzern, Di-So 10-18h, Mi 10-19h
11.7-19.10.2025

Spot on Sereina Steinemann

Die Künstlerin (*1984) zeigt in ihren Malereien, Zeichnungen und Heften Dinge aus dem Alltag. Sie malt z.B. eine Brille, Kinderbücher, Werbeslogans oder eine Schuhhauslage, sie teilt das Interesse für die Warenwelt mit der Pop-Art. Sie präsentiert die gewöhnlichen Dinge liebevoll mit einem Lächeln.



Schuhladen, Foto: Sereina Steinemann



Museum der Kulturen

Museumsplatz 20, 4051 Basel, Di-So 10-17h,
Jeden ersten Mittwoch im Monat 10-20h
5.9.2025-26.4.2026

Der Weg ins Jenseits

Wie stellen sich Gesellschaften den Übergang zwischen dem Diesseits und dem Jenseits vor? Wie gestalten sie ihn? Und welchen Weg legt die Seele oder verstorbene Person dabei zurück?

Impressum:

AVIVO Region Basel, 4000 Basel, Postkonto: IBAN CH30 0900 0000 4002 5701 1, Homepage: www.avivo-basel.ch, E-Mail: info@avivo-basel.ch, Präsidium: Nick Bramley 078 753 70 10, Vizepräsidium: Roberto Mascetti 079 420 71 17, Redaktion: Silvia Brodmann (sb), Nick Bramley (NB), Lektorat: Lilo Veltman, Gestaltung, Layout und Inserate: Markus Schönholzer, Redaktionsschluss: 15. August 2025, Druck: Discountprint Basel